

## **Stellungnahme der BI „Naturschutz-Worpswede“ zu den andauernden Verzögerungen der Sanierung des Schießplatzes in Waakhausen**

Seit 33 Monaten (Februar 2021) liegt das Gutachten des Gutachterbüros Umtec für eine Gefährdungsabschätzung als Grundlage und Auslöser eines Sanierungsplanes vor.

Vor 12 Monaten (28.11.2022) wurden die Ausführungen des Gewässerkundlichen Landesdienstes an die Betreiberin und den beauftragten Sachverständigen des Planungsbüros Umtec weitergegeben, um diese in die abschließende Sanierungsplanung einzuarbeiten.

Im Mai 2023 sollten die überarbeiteten Unterlagen endgültig vorgelegt werden. Nachdem dieser Termin von der Betreiberin ignoriert worden war, setzte der Landkreis am 09.06.2023 eine neue Frist bis September/Oktober 2023 zur Vorlage der Unterlagen.

Am 29.11.2023 musste Landrat Lütjen in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Planung einräumen, dass die Angelegenheit "eine neue Eskalationsstufe" erreicht habe, da die Schießstandbetreiber trotz Zwangsgeld-Androhung mehrere Fristen hatten verstreichen lassen, so auch die bis September/Oktober 2023. Statt den Auftrag zur Nachbesserung des Sanierungsplanes im Juni 2023 zu geben, hatte die Betreiberin dieses erst nach weiterem Drängen des Landkreises im November 2023 getan. Da der Plan immer noch nicht vorliegt, hat die Betreiberin jetzt bis Februar 2024 wieder ein Viertel Jahr Zeit, endlich diese Frist zu erfüllen.

Die vielen bisher trotz der immensen Umweltgefahren, die vor allem von dem Sicherungsbauwerk („Wurst“) und der gesamten Fläche ausgehen, ignorierten Fristen belegen, eine nicht mehr nachvollziehbare auffällig große Rücksichtnahme der Behörde zugunsten der Schießstandbetreiberin.

Wie aus einem Statement der Behörde zu erfahren, „treibt die Betreiberin den Untersuchungs- und Planungsprozess nicht in der aufgrund der Sachlage vor Ort gebotenen Geschwindigkeit voran“. Gebetsmühlenartig wird als Zwangsmittel die Ersatzvornahme von Seiten des Landkreises wiederholt, „um den Prozess zielorientierter und schneller voranzubringen“. Warum diese Zwangsmittel aber nicht schon längst eingesetzt wurden, darauf weiß die Behörde keine überzeugende Antwort zu geben.

Das zögerliche Vorgehen und die verschleppende Arbeitsweise der Behörde nutzen die Betreiberin und ein waffenaffines Klientel zur Intensivierung des Schießbetriebes auf den ebenfalls verseuchten, noch nicht sanierten aber immer noch geöffneten Kugelbahnen. Mittlerweile hat sich dort eine Gruppe namens „Moorschützen e.V.“ ein Vereinsheim eingerichtet. Der Vorsitzende Marco Gevatter (u.a. Mitarbeiter des Landkreises) hat als Wahlspruch auf seiner Homepage "Wir handeln und das Sabbeln überlassen wir den anderen“.

Mit den „anderen“ ist wohl die Überwachungsbehörde gemeint, deren defensives, hilfloses Agieren ohne klare Struktur und Ziel Unfähigkeit oder gar Unwillen vermuten lassen, die katastrophalen Umwelt-Zustände auf dem Schießplatzgelände zeitnah zu beenden.

Es ist ein Skandal, dass es überhaupt so weit kommen musste und die Behörde noch zusätzlich durch mangelhafte Überwachung mit für diese Umweltverseuchung verantwortlich zeichnet. Ihr verschleppendes Agieren erinnert an das Explosions-Unglück in Ritterhude 2014. Jahrelang wurden die verantwortlichen Überwachungsbehörden von Anwohnern immer

wieder auf die Missstände in der betreffenden Firma hingewiesen, aber nicht ernst genommen.

Jetzt muss für das Fehlverhalten der Überwachungsbehörde in Sachen Schießstand auch noch Steuergeld verschwendet werden, das an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt wäre. Das kommt einer Belohnung für schlechte Arbeit gleich. In den Haushalt 2024 werden 1,2 Mio. Euro für die Schießstandsaniegerung eingeplant. Diese Summe wird erst der Anfang sein! Die Hoffnung auf Landesmittel in Höhe von 600.000 Euro kann nicht über die Brisanz dieser Angelegenheit hinwegtäuschen, zumal diese Zuwendung noch nicht sicher ist.

Das von der Aufsichtsbehörde seit Jahrzehnten schon sämtlichen unkooperativen Schießstandbetreibern gegenüber praktizierte extrem nachsichtige, lasche Verhalten trägt mit dazu bei, dass die Akzeptanz der Bürger bezüglich der Exekutive gegen Null geht, was die Beteiligten aber nicht zu stören scheint. Auch die jetzt Verantwortlichen agieren mit eben dieser unsensiblen Intransparenz und Verschleppung weiter und lassen sich so von den Betreibern bildhaft am Nasenring über den verseuchten Schießstand führen. Trotz eindeutiger Verweigerungshaltung wird der völlig unkooperativen Betreiberin die weitere Nutzung der Kugelstände zugestanden, welche zwar nicht „ohne weiteres“ (Zitat Landrat Lütjen), aber sehr wahrscheinlich mit entsprechendem Durchsetzungswillen versagt werden könnte.

Auch die in der letzten AUP-Sitzung am 29.11.2023 von Landrat Lütjen getroffenen Aussagen können nicht wirklich davon überzeugen, dass jetzt endlich klar strukturierte Maßnahmen kurzfristig durchgesetzt werden.

Da inzwischen auch die Politik die zögerliche Arbeitsweise der Verwaltung kritisch sieht und beanstandet, bitten wir Sie, sehr geehrte Damen und Herren, kraft Ihres Amtes Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit diese endlich ihre gesetzlichen Vorgaben erfüllen und diese leidige Affäre ein Ende nimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede  
Dr. med. Andreas Oeller  
Silvia Vaßen-Langenbach  
u.a.